



MdL • Hans Urban • Bayerischer Landtag • 81627 München

Unabhängige Bürgerliste Icking
c/o Herrn Dr. Georg Linsinger
Dorfstr. 1
82057 Icking

**Abgeordneter
Hans Urban**

Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Forst- und jagdpolitischer
Sprecher

Mitglied im Ausschuss für
Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

OFFENER BRIEF zu den Themen Mobilfunk und Einführung des neuen Standards 5G

Sehr geehrte Mitglieder der Unabhängigen Bürgerliste Icking,
sehr geehrter Herr Dr. Linsinger,

vielen Dank, dass Sie sich mit Ihrem Schreiben an mich gewandt haben. Ich verfolge die Entwicklungen in Sachen Mobilfunk und Einführung der 5G-Technologie seit Langem aufmerksam und weiß daher, wie kontrovers und teilweise emotional die Diskussion darüber auch in Icking geführt wird. Ihre Gemeinde ist damit kein Einzelfall.

Ich werde versuchen, auf Ihre Fragen möglichst konkret Stellung zu beziehen und hoffe, damit einen weiteren Schritt zur Information der Ickinger Bürgerinnen und Bürger beizutragen.

Wissenschaftlicher Stand zu 5G/Mobilfunk

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass die Studienlage zu elektromagnetischen Feldern heute bereits deutlich umfangreicher ist als zu den meisten anderen Stoffen, mit denen Menschen im Alltag in Kontakt kommen. So führt das EMF-Portal der Uni Aachen (<https://www.emf-portal.org/de>) über 30.000 Studien und 6600 Zusammenfassungen zu elektromagnetischen Feldern auf.

Unter Berücksichtigung der umfangreichen Studienlage können bisher keine Hinweise auf gesundheitliche Risiken durch Mobilfunkstrahlung unter Einhaltung der gültigen Grenzwerte gefunden werden – es gibt

Bayerischer Landtag

Maximilianeum
81627 München
hans.urban@gruene-fraktion-
bayern.de
www.hansurban.de

Abgeordnetenbüro

Katharina Schmid
Telefon +49 89 4126-3919
katharina.schmid@gruene-
fraktion-bayern.de

Regionalbüro

Oberherrnhausen 5
82547 Eurasburg

lediglich eine leichte Inzidenz für die Möglichkeit einer wachstumsfördernden Wirkung bei bereits ausgeprägten Tumorerkrankungen. Der einzige klar nachgewiesene Wirkmechanismus auf den menschlichen Organismus ist eine Gewebeerwärmung.

Wir Grüne fordern generell eine umfangreiche Risikobegleitforschung bei allen technologischen Entwicklungen. Das gilt natürlich auch für den Mobilfunk. Diese Forderungen wurden in den vergangenen Jahren auch vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) geäußert, mit dem Ergebnis, dass nun die noch offenen Fragestellungen noch einmal gezielt durch Studien beurteilt werden.

Zudem ist eine Neubewertung von elektromagnetischen Feldern (nicht nur Mobilfunk) unter Berücksichtigung der aktuellen Studienlage durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geplant.

Grenzwerte

Die Behauptung, Deutschland hätte mit die höchsten Grenzwerte, ist unwahr. Die Grenzwerte beruhen auf Empfehlungen, welche die WHO, die ICNIRP (International Commission on non-ionizing radiation protection), das BfS und weitere Expert*innengremien aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse abgegeben haben. Nach dieser Empfehlung richten sich fast alle Staaten, auch die Schweiz und Österreich (siehe untenstehende Links).

Selbst die Schweizer Bürgerinitiativen weisen extra darauf hin, dass auch in ihrem Land die gleichen, aus ihrer Sicht zu hohen Grenzwerte gelten. Nur eine Hand voll Staaten, nämlich Italien, Belgien, Luxemburg, Russland und Polen, hat niedrigere Grenzwerte. Diese wurden politisch und nicht nach wissenschaftlichen Grundlagen ausgewählt.

Bei realen Messungen der Strahlenbelastung werden die Grenzwerte zudem kaum erreicht. Hier liegt die Belastung meistens nur bei 1 bis 10% der zugelassenen Grenzwerte.

Weiterführende Links zu:

- den Grenzwerten in Österreich (Forum Mobilfunk-kommunikation):
<https://www.fmk.at/gesundheit-umwelt/grenzwerte-who/die-festlegung-der-grenzwerte/>
- den Grenzwerten in der Schweiz (Bundesamt für Umwelt):
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/elektrosmog/fachinformationen/massnahmen-elektrosmog/elektrosmog--die-grenzwerte-im-ueberblick.html>
- den Grenzwerten in der Schweiz (Bürgerinitiativen/Dachverband Elektrosmog Schweiz und Liechtenstein):
<https://www.funkstrahlung.ch/index.php/politik/grenzwerte>

Reduzierung von Strahlung

Um die individuelle Belastung durch Mobilfunkstrahlung möglichst gering zu halten, ist ein möglichst guter Ausbau mit Mobilfunkinfrastruktur notwendig. Entgegen vielfacher Behauptungen führt eine hohe Anzahl an Sendeanlagen nämlich nicht automatisch zu einer höheren Strahlungsbelastung – ganz im Gegenteil. Da die Mobilgeräte (die etwa 90 bis 95% der individuellen Mobilfunkbelastung einzelner Personen erzeugen) bei einem schlecht ausgebauten Netz deutlich stärker funkeln müssen als in einem dicht ausgebauten Netz, reduziert der Bau vieler Basisstationen die Strahlungsbelastung deutlich.

Hier ist es aus unserer Sicht wichtig, das Netz topographisch so aufzubauen, dass die Strahlenbelastung minimiert wird. Schon heute wird in urbanen Gebieten, in denen die Basisstationen nur wenige hundert Meter auseinander stehen, eine geringere Strahlenlast gemessen als in schlecht ausgebauten Regionen. Auch das Verschieben von Basisstationen an Ortsränder führt in vielen Fällen zu einer höheren Belastung

Information und Kommunikation

Wir Grüne setzen uns für eine transparente und frühzeitige Information der Bürger*innen bei Infrastrukturprojekten ein. Das wurde in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt und äußert sich nun in starken Bürgerinitiativen gegen verschiedene Projekte (Mobilfunkmasten, Windräder, Bahntrassen, Stromleitungen usw.). Vielen Ängsten und Sorgen kann durch Aufklärung und Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse wirksam begegnet werden.

Bauleitplanung

Aus Sicht der Grünen ist die Infrastruktur für Mobilfunk eine klare Aufgabe des Staates, nicht der Kommunen. Deshalb stehen wir auch dem Mobilfunkförderprogramm mit Skepsis gegenüber. Es ist nicht Aufgabe der Kommunen, für Staat und Wirtschaft einzuspringen und hier das finanzielle Risiko zu übernehmen. Massive Interessenskonflikte vor Ort sind bei der Standortsuche nach einem Mobilfunkmast oftmals vorprogrammiert, weshalb Kommunen als Erstansprechpartner eine schwierige Position innehaben. Diese würde sich aus unserer Sicht jedoch nicht verbessern, wenn die Standortsuche in die gemeindliche Bauleitplanung integriert würde. Vielmehr ist zu befürchten, dass sich Gemeinden dadurch noch stärker zwischen die Einzelinteressen der Bürger*innen gedrängt sähen. Statt einer Verfahrensänderung setzen wir hier auf frühzeitige, offene und wissenschaftlich fundierte Informationspolitik.

Ich hoffe, hiermit zu Ihren Fragen ausreichend Stellung genommen zu haben und wünsche Icking eine entemotionalisierte und sachliche Debatte zum Thema.

Freundliche Grüße



Hans Urban, MdL